

Berichterstattung 2026 der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (Frühjahrstagung)

Bericht der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz vom 29. Mai 2026

Die Vertreterinnen und Vertreter der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (IPBK) trafen sich am 29. Mai 2026 in Winterthur. Die 65. Sitzung, an der Delegierte der Landtage und Kantonsparlamente der vier Bodenseeländer teilnahmen, wurde von der Präsidentin des vorsitzenden Kantons Zürich, Romaine Rogenmoser, geleitet.

Das Ziel der IPBK ist es, die Anliegen der Bevölkerung in der Bodenseeregion aufzunehmen, die Standortattraktivität zu erhöhen und die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern. Die IPBK fördert ausserdem den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit der Parlamente auf regionaler Ebene.

Kreislaufwirtschaft – Bauwirtschaft im Fokus

Anstelle eines Fachreferats waren die Delegierten eingeladen, über ihre Erfahrungen mit der Kreislaufwirtschaft in ihren Regionen zu berichten. Die Diskussion zeigte, dass Kreislaufwirtschaft im Bodenseeraum bereits vielerorts gelebt und umgesetzt wird. Die Delegierten präsentierten erfolgreiche Projekte und wiesen auf Chancen und Herausforderungen hin. Dabei wurden die teilweise unterschiedlichen Ausgangslagen in den einzelnen Regionen verdeutlicht: Während einige Delegationen die Vorteile kurzer Wege und regionaler Wertschöpfung hervorhoben, verwiesen andere auf die Einbindung in übergeordnete nationale und supranationale rechtliche Vorgaben sowie auf begrenzte politische Handlungsspielräume.

Im Plenum wurde insbesondere die Frage diskutiert, welche Rolle der Staat bei der Förderung der Kreislaufwirtschaft einnehmen soll und in welchen Bereichen sich eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der IPBK besonders anbietet.

Einigkeit bestand darüber, dass eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft nicht allein durch politische Vorgaben geschaffen werden kann. Sie muss vor allem durch Unternehmen, Innovation und gesellschaftliches Bewusstsein getragen werden. Aufgabe der Politik ist es, dafür geeignete und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ein grosses Potenzial für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sieht die IPBK im Bereich des zirkulären Bauens. Mehrere Delegationen verwiesen auf laufende Bestrebungen, einen funktionierenden regionalen Markt für zirkuläre Baustoffe und Materialien aufzubauen. Insbesondere das Potenzial zur effizienteren Nutzung von Abfällen wird als gross eingeschätzt. Die Herausforderung liege dabei weniger in den technischen Möglichkeiten, die bereits bestehen, als vielmehr in deren konsequenter Umsetzung in der Praxis. Die Delegierten hielten fest, dass die verfügbaren Mengen an wiederverwertbaren Materialien heute teilweise die Nachfrage übersteigen.

Gleichzeitig wurde betont, dass Kreislaufwirtschaft nicht erst bei der Abfallbewirtschaftung beginnt, sondern bereits beim Konsumverhalten ansetzt. Als gemeinsamer Leitgedanke wurde festgehalten, dass die Vermeidung von Abfällen Vorrang vor Wiederverwendung, Recycling, energetischer Verwertung und Deponierung haben soll.

Arbeitsgruppe zum Einheitsticket legt Zwischenstand vor

Im Herbst 2025 beschloss die IBPK die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, um die Möglichkeiten zur Einführung eines Einheitstickets für die Bodenseeschifffahrt zu prüfen.

Die Arbeitsgruppe «Einheitsticket für die Bodenseeschifffahrt» traf sich am 13. Februar 2026 unter dem Vorsitz von Kantonsrat Köppel-Gaiserwald zu ihrem ersten Austausch im Kantonsratssaal des Kantons St.Gallen. Sie liess sich über den grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr und die Bestrebungen hinsichtlich der Vermarktung bzw. des einfacheren Zugangs zur Gesamtschifffahrt informieren und diskutierte das weitere Vorgehen. Es bestand Einigkeit darüber, dass für eine tragfähige Lösung alle beteiligten Akteurinnen und Akteure eingebunden und an einen gemeinsamen Tisch geholt werden müssen.

Bereits wenige Monate später konnten erste Fortschritte verzeichnet werden: Aufgrund des gestiegenen politischen und medialen Drucks lud der Internationale Bodenseerat (IBR) die Vertreter der deutschen Bodensee-Schiffsbetriebe (BSB), der österreichischen Vorarlberg Lines (VLB) sowie der schweizerischen Bodensee-Schifffahrt AG (SBS) Ende April 2026 zu einer Aussprache ein. Dabei verständigten sich die Schifffahrtsunternehmen in mehreren Punkten und vereinbarten, die Arbeiten an einer gemeinsamen Tageskarte wieder aufzunehmen. Über die Ausarbeitung eines entsprechenden Konzepts soll bis zum 30. Juni 2026 entschieden werden.

Die Delegierten würdigten die erzielten Fortschritte und beschlossen, die Arbeitsgruppe weiterzuführen. Die Bemühungen zur Einführung eines Einheitstickets für die Bodenseeschifffahrt sollen weiterhin politisch begleitet und unterstützt werden. Die Arbeitsgruppe wurde eingeladen, eine entsprechende Resolution zuhanden der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) auszuarbeiten. Zudem erweiterten die Delegierten den Auftrag der Arbeitsgruppe. Künftig soll sie sich auch mit Fragen des öffentlichen Verkehrs im Bodenseeraum, den strukturellen Herausforderungen der Bodenseeschifffahrt sowie gegebenenfalls den Auswirkungen der invasiven Quaggamuschel auf Schifffahrt und Infrastruktur befassen.

Zusammenarbeit mit der IBK

Die IBPK und die IBK streben eine enge Zusammenarbeit an. Der Austausch soll regelmässig gepflegt und eine gegenseitige Berichterstattung stattfinden. Zu diesem Zweck informierte der Zürcher Regierungsrat Ernst Stocker als Vorsitzender der IBK über die laufenden Aktivitäten der Regierungszusammenarbeit im Bodenseeraum. Er hob die Bedeutung der guten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit über Kantons- und Landesgrenzen hinweg hervor und verwies dabei insbesondere auf die erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Sicherung der Trinkwasserqualität des Bodensees. Gleichzeitig betonte er, dass diese Zusammenarbeit aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen und Prioritäten mitunter auch anspruchsvoll sein könne.

Die Delegierten diskutierten Möglichkeiten zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen IBPK und IBK. Sie hielten fest, dass ein wirksamer Informationsaustausch sowohl eine Bring- als auch eine Holschuld umfasst. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die Sicherstellung der Kontinuität angesichts wechselnder Mitglieder und Geschäftsführung der IBPK eine Herausforderung darstellt. Gleichzeitig bestand Einigkeit darüber, dass die Zusammenarbeit wo möglich weiter intensiviert werden soll. In diesem Zusammenhang erläuterte die Zürcher Staatsschreiberin Kathrin Arioli die Aufgaben und Arbeitsweise der ständigen Geschäftsstelle der IBK sowie mögliche Formen der Zusammenarbeit.